

Wer setzt die Flötentöne in Europa? : Deutsch-deutscher Einigungsprozeß und europäische Integration ; Die Konsequenzen der gescheiterten Revolution der Frauen in Ostdeutschland

Baureithel, Ulrike

1993

<https://doi.org/10.25595/836>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Baureithel, Ulrike: *Wer setzt die Flötentöne in Europa? : Deutsch-deutscher Einigungsprozeß und europäische Integration ; Die Konsequenzen der gescheiterten Revolution der Frauen in Ostdeutschland*, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Jg. 16 (1993) Nr. 34, 75-84. DOI: <https://doi.org/10.25595/836>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

beiträge

***zur feministischen theorie
und praxis***



einig Vaterland?

34

beiträge ***zur feministischen theorie*** ***und praxis***



einig Vaterland?

34

1. Auflage 1993

Eigenverlag des Vereins Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V., Köln

Satz: DTP-SatzService Eul-Gombert, Bergisch Gladbach

Druck: Farbo Druck & Grafik Team, Köln

Titel: Heidi Rautenberg, Köln

Impressum

beiträge

zur feministischen theorie und praxis

Hrsg.: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V.

16. Jahrgang (1993) Heft 34

Redaktion: Ute Annecke, Heidrun Ehrhardt, Asgedet Ghirmazion, Carola Möller, Gisela Notz, Brunhilde Sauer-Burghard, Christa Wichterich, Anja Wollny

Mitarbeiterinnen dieses Heftes: Ulrike Baureithel, Christel Becker-Rau, Antonina Bieszcz-Kaiser, Jana Cviková, Drude Dahlerup, Hilka Ehlert, Heidrun Ehrhardt, Erica Fischer, Annette Goerlich, Petra Hinderer, Diana Hummel, Delia Kraemer, Genka Lapön, Carola Möller, Anastasia Posadskaya, Jelena Sabadykina, Wiltrud Schenk, Dagmar Schultz, Susanne Schunter-Kleemann, Waltraud Schwab, Mirjana Ule, Alena Wagnerová, Anja Wollny, Brigitte Zenner

Die „beiträge“ erscheinen ca. dreimal im Jahr. Preis des Einzelheftes ab Heft 27 DM 19,-, Doppelheft DM 34,-, Abonnement (jeweils 3 Nummern) DM 48,-, Förderabonnement ab DM 60,-, Mitfrauenabonnement DM 45,- zuzügl. Anteil Porto- und Verpackungskosten (für die Hefte 8–25/26 gelten die alten Preise, rückwirkende Abonnements bis einschließlich Heft 25/26 drei Nummern für 38,- DM). Einzelhefte sind durch jede Buchhandlung oder direkt beim Verlag zu beziehen. Abonnements ausschließlich beim Verlag. Abbestellungen spätestens drei Monate vor Ende des Kalenderjahres möglich. Der Verlag erzielt keinen Gewinn. Mitarbeit erfolgt grundsätzlich ohne Honorar. Copyright by the authors. Nachdruck nur mit besonderer Erlaubnis des Verlages und unter Quellenangabe gestattet. Sämtliche Verwertungsrechte an Übersetzungen liegen beim Verlag. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Verlags- und Redaktionsadresse: Niederichstr. 6, 50668 Köln, Tel.: 0221/13 84 90; FAX: 0221/139 01 94; Konto: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V., Konto-Nr.: 7 192 032 Stadtparkasse Köln (BLZ 370 501 98) und Konto-Nr. 56530-500 Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50)

Vertrieb von Einzelheften und Abonnements: Verlag des Vereins Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V.

Vertrieb für den Buchhandel: Frauenliteraturvertrieb GBR, Erich-Ollenhauer-Str. 231, 65199 Wiesbaden, Tel.: 0611/41 07 80; FAX: 0611/41 06 19

INHALT

Editorial		5
Europa einig Vaterland?	<i>Annette Goerlich</i> EG: Moloch oder Hoffnungsträgerin Ein Plädoyer für eine frauenpolitische Einmischung	9
	<i>Drude Dahlerup</i> Die Frauen besiegten im dänischen Referendum die Maastrichter Verträge	27
	<i>Susanne Schunter-Kleemann</i> Der Maastrichter Vertrag, das Demokratiedefizit der EG und europäische Frauenbewegungen	33
	<i>Delia Kraemer</i> Unheimliche Grenzen der EG	51
	<i>Diana Hummel</i> Lohnende Geschäfte: Frauenhandel mit Osteuropäerinnen und der EG-Binnenmarkt	59
	<i>Wiltrud Schenk</i> GrenzgängerInnen	69
	<i>Ulrike Baureithel</i> Wer setzt die Flötentöne in Europa? Deutsch-deutscher Einigungsprozeß und europäische Integration: Die Konsequenzen der gescheiterten Revolution der Frauen in Ostdeutschland	75
	<i>Carola Möller</i> „Lean production“ – japanischer Joker für europäische Arbeitgeber	85
	<i>Anastasia Posadskaya</i> Übergangszeit in Rußland Demokratisierung ohne Frauen	93
	<i>Jelena Sabadykina</i> Frauen im heutigen Rußland am Beispiel von Sankt-Petersburg	99
	<i>Alena Wagnerová</i> Der Sozialismus entläßt die tschechischen Frauen	107
	<i>Jana Cviková</i> Ein Brief aus Bratislava: die slowakisch-tschechische Frauenzeitschrift ASPEKT	113

Antonina Bieszcz-Kaiser
Polens Frauen – abgeschoben für immer? 117

Genka Lapön
Frauenalltag in einem bulgarischen Dorf oder wie
Frauenträume entstehen 126

Mirjana Ule
Frauen in den postsozialistischen Gesellschaften –
slowenisches Beispiel 131

Erica Fischer
Vergewaltigung als Kriegswaffe 137

Diskussion
Dokumentation

Heidrun Ehrhardt
Kauft Kolonialwaren!
Ein Beitrag zum genauen Sehen 147

Dagmar Schultz
Audre Lorde – ihr Kampf und ihre Visionen 152

Waltraud Schwab
IFAB = Internationales FrauenAktionsBündnis
in Berlin 161

Erster Aufruf zum FrauenStreikTag 1994 167

Offener Brief 168

Vorankündigung Heft 35
Feministische Zustände – feministische Zukunft 169

Autorinnen 170

Wer setzt die Flötentöne in Europa?

Deutsch-deutscher Einigungsprozeß und europäische Integration: Die Konsequenzen der gescheiterten Revolution der Frauen in Ostdeutschland

Solange die Frauenbewegung existiert, arbeitet sie sich an der Frage ab, ob der weibliche Gang durch die Institution frau nicht lahm werden läßt, indem sie sich zur „Krücke des Patriarchats“ macht; gleichzeitig fordert sie von jeher gleiche politische Partizipationschancen, eben weil sie weiß, daß es Politik außerhalb des Systems nicht geben kann. In revolutionären Augenblicken, wo die Grenzen des alten Systems überwindbar scheinen und „drinnen“ und „draußen“ sich für einen kurzen Moment in einem „Interim“ auflösen, gewinnt diese Frage neue Aktualität, weil dann der Modus von Teilhabe und Ausgrenzung der Frauen neu ausgehandelt wird. Das war in den historischen Auf- und Umbrüchen, an denen sich Frauen beteiligten, nicht anders als in dem hier referierten, jüngsten Beispiel, bei der selbsternannten „fröhlichen Revolution der Frauen“ in der DDR.

Der folgende Beitrag geht der Frage nach, welche strukturellen Bedingungen in der Bürger- und Frauenbewegung 1989/90 dazu geführt haben, daß wieder einmal die Frauen aktiv und vorwärtstreibend den Umsturz bestimmten, und weshalb sie, nachdem die „Revolution von oben“ ihren basisdemokratischen Experimenten ein jähes Ende setzte, auf leisen Sohlen vom politischen Parkett abtraten bzw. (an ihre Familien) abgetreten wurden. Dabei gehe ich davon aus, daß der deutsch-deutsche Einigungsprozeß signifikante Parallelen zur politischen Integration in Europa aufweist und das Scheitern der ostdeutschen Frauenbewegung einen bedrohlichen Schatten auf die Bewegungsräume und Handlungsmöglichkeiten der europäischen Frauen vorauswirft.

Gerade deshalb wären insbesondere die westdeutschen Feministinnen schlecht beraten, wenn sie es beim achselzuckenden Bedauern beließen, wieder mal auf die „falsche Stute“ gesetzt zu haben bei ihren Träumen von der stellvertretenden Befreiung; diese wurde diesmal nicht von Drittwelt-Frauen erwartet, sondern abwechslungsshalber von den ostdeutschen Schwestern eingefordert. Bei allen objektiven Gründen, die letztlich dazu führten, daß das westdeutsche „Gesetz der Väter“ auch auf Ostdeutschland ausgedehnt wurde, gibt es im Abgrund zwischen ost- und westdeutscher Frauenbewegung einen Schatz an kränkenden Erfahrungen zu heben und zu verarbeiten. Ein prüfender Blick zurück (vor dem die Dichter nur ihr eigenes Geschlecht warnen, weil die Trennung von der Erinnerung den Männerkörper stählt) ist angezeigt, damit nicht wir es sind, die vor dem „Herrenhaus Europa“ (Schunter-Kleemann) zu Salzsäulen erstarren.

Einschließender Ausschluß

„Die Frauen sind der Tod der Revolution“, gab Jules Michelet, der große französische Revolutionshistoriker des 19. Jahrhunderts, seiner Enttäuschung über die Frauen als „hauptsächliche Geschäftsführer der Reaktion“ Ausdruck. Dieses Verdikt, so wissen wir heute, ist nichts weiter als die Kehrseite seiner überschwenglichen Glorifizierung der am Sturz der Monarchie beteiligten Frauen. Die Sache der „Nation“ fand in der von Michelet retrospektiv überhöhten „weiblichen Liebe“ der Revolutionärinnen ih-

ren geschlechtssymbolischen Ausdruck. Damit bastelte Michelet mit an einem republikanischen Gründungsmythos, in dem die „bösen, umstürzlerischen Weiber“, die auf der Tribüne „auführerisch schrien und lachten“(nach Petersen 1987, S. 238ff.) gezähmt und in den Dienst des Vaterlandes gestellt wurden.

Indes läßt das Zitat auch eine andere, irritierendere Lesart zu, wenn man das Ende der Revolution als Maßstab setzt für die weiblichen Möglichkeiten, die gesellschaftlichen Ereignisse aktiv zu beeinflussen. So gesehen wäre jede revolutionäre Umwälzung dann beendet und in neuen Strukturen erstarrt, wenn die Frauen von der politischen Bühne abgetreten und, wie bei Michelet, ins mystifizierende Bilder-Arsenal der Historiographie verbannt sind. Hinweise hierfür gibt es zahlreiche. Während die dem Manne „naturhaft gleichen“ revolutionären Frauen auf dem Pariser Schafott oder in der Irrenanstalt enden, werden die französischen Durchschnittsfrauen mit Verweis auf ihre „Natur“ in die Privatheit ihrer Familien abgedrängt: Als „stolze stillende Mütter“, von denen Merciers nachrevolutionäres Stilleben erzählt. Nicht anders geht es den „Flintenweibern“ von 1848/49 in Deutschland: Das Vereinsverbot für Frauen, in Preußen 1853 verhängt, dauert nur zehn Jahre, aber es sorgt für die politische Disziplinierung mehrerer darauffolgender Frauengenerationen. Als der „weiblichen Heerarmee“ in Deutschland 1918/19 das Wahlrecht zugestanden wird, hatten Frauen siebzig Jahre Gelegenheit, sich in ihre sozialfürsorgerische Bescheidenheit und Beschneidung einzulassen. Daß die „permissivere“ Variante der Disziplinierung zu denselben Effekten führte, zeigt indes der „Sonderfall“ des Großherzogtums Baden.¹⁾

Es bleibt also bemerkenswert, daß sich der weibliche Ausschluß ganz unabhängig von den Ergebnissen einer Revolution vollzieht. Ob sich kurzfristig oder über längere Sicht, wie in Frankreich 1789 und nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland, eine neue Ordnung zu installieren vermag, oder ob der Aufstand die reaktionären Kräfte zu einer restaurativen Erneuerung mobilisiert, wie nach 1849 in Deutschland und 1871 in Frankreich: in dem Moment, wo das öffentliche Leben in die alten oder in neue Strukturen gelenkt und reglementiert wird, verschwinden die Frauen von der Bildfläche. Es scheint, als ob die Geschlechtersolidarität nur diesen kurzen Augenblick zu überbrücken fähig wäre.

Und als ob es den Frauen selbst nur für eine gewisse Zeitspanne möglich wäre, die sie auseinandertreibenden zentrifugalen Kräfte zu überwinden. Aus dieser Perspektive stellt sich dann die Frage nicht mehr vorwiegend nach den Unterschieden und Widersprüchen zwischen den Frauen, sondern, wie es Ute Gerhard formulierte, danach, „welche besonderen Ausgangsbedingungen, Widersprüche und günstigen Voraussetzungen zusammenkommen müssen, um Frauen aus überaus disparaten Lebenslagen über soziale, politische und ethnische Unterschiede hinweg unter der Gemeinsamkeit Geschlecht zu mobilisieren“(Gerhard 1992, S.47).

Die kurze Phase des Umbruchs in der ehemaligen DDR – die Zeit zwischen Herbst 1989 und Oktober 1990²⁾ – war gekennzeichnet von einer starken Teilnahme und Teilhabe der Frauen an den politischen Veränderungen des Landes. Aber trotz ihrer relativ starken Vertretung in den politischen Entscheidungsgremien, insbesondere an den „Runden Tischen“, und trotz des raschen Aufbaus eigenständiger politischer Strukturen verschwanden die Frauen nach der „Vereinigung“ von BRD und DDR im Oktober 1990 auffallend schnell aus der Politik. In der im folgenden nur kursorisch skizzierten Ereignisgeschichte geht es mir darum, nach den Konvergenzen und Divergenzen unter den Akteuren und Akteurinnen zu fahnden, nach den günstigen Gelegenheiten und den objektiven Verhinderungen, die dazu führten, daß Frauen für eine kurze Zeit als politische Entscheidungsträgerinnen in Erscheinung traten.

Die uneingelöste Nation träumt

Zeichnet man die verschiedenen, zum Teil quer zueinander verlaufenden Widerspruchslinien nach, an denen sich die Beteiligten in der „Zeit der offenen Verhältnisse“ abzuarbeiten hatten, fällt als Grunddilemma immer wieder das problematische Verhältnis der Frauen zum Staat ins Auge: zum alten ungeliebten DDR-Staat, mit dessen überraschend schnellem Untergang auch der entlastende patriarchale Schutz der Frauen verschwand; und zum neuen, angsterzeugenden BRD-Staat, der sich in Herrenmanier die Stieftöchter untertan machte und sie sich selbst überließ. Das kurze Interim des Nicht-mehr und Noch-nicht während der Modrow/de Maizière-Ära schuf ein politisches Vakuum und Experimentierfeld, auf dem die uneingelöste Nation nach allen Seiten hin erprobt wurde. Daß sie zugunsten einer machtbestrebten expansionistischen Lösung ausfiel, bestimmt nach meiner Einschätzung auch die Ausgangsbedingungen für die weiblichen Partizipationschancen in einem vereinigten Europa.

Setzt man die politischen Eckdaten als zeitliche Zäsuren an, dann dauerte die eigentliche Umbruchphase vom September/Okttober 1989 bis zu den Volkskammerwahlen im März 1990. Mit dem Sieg der christlich-konservativen Mehrheit unter Lothar de Maizière zeichnete sich ab, daß sich die „Anschlußlösung“ gegenüber der „Föderationslösung“, die zum damaligen Zeitpunkt auch von den meisten Bürgerbewegten unterstützt wurde, durchsetzen würde. Ein eigenständiger Staat DDR auf „sozialistisch-demokratischer“ Grundlage, der noch in den Wintermonaten 1989/90 als reale Utopie erschienen war, wurde mit der Währungsunion am 1.7.1990, die den Anschluß ökonomisch vorwegnahm, endgültig obsolet. Vom Volk, das sich als politischer Machtfaktor, als „das Volk“, ins Spiel gebracht hatte, blieb das „vereinte Volk der Deutschen“, das seine spezifisch sozialen Ansprüche dem Tribut, den das Phantasma der „Nation“ forderte, opferte.

Die aktiven Trägerinnen der Fraueninteressen, das sollte man sich immer wieder ins Gedächtnis rufen, waren – wie die Bürgerbewegung insgesamt – nur eine kleine, randständige Minderheit, wenn ihre Medienpräsenz eine Zeitlang auch das Gegenteil beschwor. Daß sich in den 80er Jahren enttäuschte Parteifrauen, Kirchen- und Friedensfrauen und Lesben aus der Umklammerung des SED-Staates ausgerechnet unter das Dach der Kirche flüchten mußten, war, wie Freya Klier (1990) in einem Vortrag ironisch anmerkt, das „Pech der Frauen“, weil sich trotz feministischer Bibeldurchgänge auf der „patriarchalen Chronik so leicht kein Frauenhaus zimmern ließ“. Als mit dem unrühmlichen Abgang der „alten Männer“ diese inhomogene Frauenlobby aufs politische Parkett gespült wurde und versuchte, das zurückgebliebene Vakuum zu besetzen, war sie sich lediglich in der Ablehnung eines Gegners einig, der ihr nun gar keinen Widerstand mehr entgegensetzte.

So heterogen wie die Herkunft und Zusammensetzung der Protagonistinnen des „Frauenaufbruches“ in der DDR, so diffus waren auch die politischen Vorstellungen. Ina Merkels „Manifest für eine autonome Frauenbewegung“, mit dem am 3. 12. 1989 unter dem Beifall von tausend Frauen der „Unabhängige Frauenverband“ (UFV) in der Ostberliner Volksbühne aus der Taufe gehoben wurde, verstand sich als ökologisch fundierte Frauenpolitik in einem sozialistisch erneuerten Staat (Merkel 1990). Im Vordergrund stand der Anspruch, die Frauenfrage nicht mehr als randständiges Problem, sondern als eine die Gesellschaft fundamental bestimmende „existentielle Grundlage“ zu betrachten (ebd.).

Aus der Kritik am untergegangenen Staat DDR und der existierenden BRD leitet das Manifest die maßgebliche Beteiligung der Frauen am Aufbau einer gesellschaftlichen

Alternative ab. Aber über die konkreten ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen – zum Beispiel im Hinblick auf die Zukunft der maroden DDR-Industrie oder die Finanzierung der „ökologischen Wende“ oder des großzügigen „Sofortprogrammes für werktätige Frauen“ – schweigt sich das Gründungsdokument der Frauen aus. Ob der zukünftige Staat überhaupt ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ sein sollte, war unter den Frauen nicht unumstritten. Zwar kritisierten sie die überstürzte Flucht ihrer MitbürgerInnen und wehrten sich frühzeitig gegen den Ausverkauf ihres Landes, aber es gab auch erhebliche Berührungspunkte der DDR-Frauenbewegung mit der erklärten Nähe zum Sozialismus.

Trotzdem setzte die Praxis der „Runden Tische“, die sich für wenige Monate auf allen politischen Ebenen bis in die Kommunen hinein zu politischen Gestaltungs- und Entscheidungsträgern entwickelten, eine politische Vision frei. Hier wurde ein Demokratiemodell eingeübt, das sich nicht nur vom Staatssozialismus unterschied, sondern auch die parlamentarische Repräsentationsdemokratie weit hinter sich ließ, indem es den Konsens zwischen PolitikerInnen, ExpertInnen und Betroffenen als Basis der Entscheidungsfindung voraussetzte. Tatjana Böhm, unter Modrow die „Ministerin vom Runden Tisch“, weist in ihrer retrospektiven Analyse auf die Hürden hin, die die DDR-Frauenbewegung zu nehmen hatte, um sich einen Platz an den Runden Tischen zu erstreiten (Böhm 1992). Die weibliche Präsenz zeitigte nicht nur praktische Erfolge³⁾, sondern sie schlug sich insbesondere in einem Verfassungsentwurf (1990) nieder, der sich rühmen kann, der fortschrittlichste in Europa gewesen zu sein. Obwohl nie in Kraft getreten und längst vergessen, kann er als Prüfstein für ein frauenspezifisches Demokratieverständnis gewertet werden.

Erstarrung in Strukturen

Die Runden Tische waren aber auch der Ort, an dem der Kampf um die künftigen Partizipationschancen um so rücksichtsloser ausgetragen wurde, als der Übergangszustand in „geordneten“ parlamentarischen Strukturen erstarrte. Der UFV war nicht in erster Linie als Denkwerkstatt gegründet worden, sondern um die zersplitterte Arbeit der Frauen vor Ort zu koordinieren und eine breite Frauenöffentlichkeit zu schaffen. Während sich die Männer aus der Bürgerbewegung nach und nach in den neuen Bedingungen einrichteten und sich ihre lobbyistischen Strukturen schufen, blieb den meist berufstätigen Frauen mit Kindern wenig Zeit und Wille, sich in dieses Ränkepiel um die Macht einzuklinken.

Die Situation verschärfte sich im Laufe des Jahres 1990, als die ökonomische Unsicherheit die Frauen als Krisenmanagerinnen zurück in die Familien trieb.

So kam es schon im Januar 1990 zum spektakulären Auszug der „Leipziger Fraueninitiative“, nachdem das „Neue Forum“ auf einer Delegiertenkonferenz ihr Quotierungsbegehren abgeschmettert hatte. Daraufhin kehrten die Leipziger Frauen der Bürgerbewegung den Rücken, weil sie sich, wie die damalige Stadtverordnete Cornelia Matzke erklärte, von einer parteiübergreifenden Arbeit mehr versprochen.

Zum publikumswirksamen Krach zwischen Bürger- und DDR-Frauenbewegung kam es dann schießlich während der Bündnisverhandlungen im Vorfeld der Volkskammerwahlen im März 1990. Damals weigerte sich die Gruppe „Demokratie Jetzt“, die sich mit dem „Neuen Forum“ und der Gruppe „Demokratie und Menschenrechte“ zum Wahlbündnis 90 (später: Bündnis 90) zusammenschloßen, mit den Frauen vom UFV zusammenzuarbeiten. Sie begründeten diese Haltung mit der Einschätzung, die Frauen mit ihren feministischen Positionen kosteten dem Bündnis Wählerstimmen.⁴⁾ Dabei

diente der in der DDR als Schimpfwort erster Klasse verstandene Begriff „Feminismus“ den karriereorientierten Männern als willkommener Vorwand, die Frauen aus ihren Polit-Seilschaften herauszuhalten.

Ähnliches berichteten mir thüringische Frauen, die ich im September 1990 bei der Vorbereitung zu den Landtagswahlen in Weimar traf: Auch dort hatte das „Neue Forum“ mit dem Hinweis, die Frauen seien schuld an der Wahlniederlage der Bürgerbewegung im März, die Zusammenarbeit verweigert (vgl. Baureithel, Christiansen 1990).

Das Wahlbündnis der UFV-Frauen mit den gerade erst gegründeten und wenig verankerten Ost-Grünen folgte der Not des Augenblicks und war Ausdruck der Schwäche der DDR-Frauenbewegung. Daß der grüne Partner versuchte, die Frauen nach den Wahlen finanziell zu übervorteilen⁵⁾, hat die Skepsis gegenüber den Männerparteien im UFV nur verstärkt und fand in Ina Merkels nachträglichem Verdikt, daß alle Bürgerbewegungen tendenziell frauenfeindlich seien, seinen Niederschlag (vgl. Merkel 1990(b)). Mit dem überraschend schlechten Abschneiden der Bürgerbewegung und des grün-lila Bündnisses bei den Volkskammerwahlen – sie erhielten republikweit zusammen knapp 5% der Stimmen – begann nicht nur für das hochgespannte Frauen-Demokratie-Projekt die Phase der Desillusionierung. Die politische Großwetterlage einmal vernachlässigt, waren es auf seiten der politischen Akteurinnen objektive und subjektive Gründe, die die Auflösung der Bewegung mitverursachten. Die Frauenbewegung, monierte Susanne Meyer (1990) in der „Zeit“, sei eine Bewegung ohne Basis. Sie sei in dieser historisch einzigartigen Situation, wo es einmal möglich gewesen wäre, Fraueninteressen einzubringen, gescheitert, weil es die vielen Frauen, die dies verlangten, einfach nicht gebe.

Mag der Ton, mit dem die Journalistin aus Hamburg gleich die Schuldigen kennt, auch „besserwessi“ überheblich sein, so ist die Tatsache, die sie konstatiert, kaum zu leugnen. Die fehlende Basis führte innerhalb des Frauenverbandes zu einer frühzeitigen Auspowerung des kleinen Häufleins der Aktiven. Die personelle Decke war so dünn, daß es bei den Landtagswahlen in den neuen Ländern im September 1990 schwierig war, überhaupt die nötigen Kandidatinnen zusammenzubekommen. Streß, zeitliche Überforderung und ein Politikstil, der sich dem der Männer anpassen mußte, ohne ihn einzuholen, führten dazu, daß sich immer mehr Frauen aus der politischen Arbeit zurückzogen. Es gibt kaum ein Interview mit Verbandsfrauen in dieser Zeit, in dem diese nicht über die immense Arbeitsbelastung und die kaum mehr sichtbaren Erfolge klagen.

Nach den Märzahlen war auch der letzten Optimistin klar, daß der Zug nicht mehr aufzuhalten war und die Eigenstaatlichkeit der DDR nur noch wenige Monate währen würde. Inmitten der allgemeinen Verunsicherung produzierte die „Anschlußangst“ der Ost-Frauen neue Abgrenzungsrituale, nicht nur gegenüber dem politischen Management, das die neuen Länder überzog, sondern auch im Hinblick auf die West-Schwestern. Auf dem ersten Ost-West-Frauenkongreß im Mai 1990 in Ostberlin prallte die bedrohte DDR-Identität der Ostfrauen gnadenlos auf die politischen Projektionen der angereisten West-Feministinnen (Baureithel 1993). Die gegenseitige Fremdheit war im Klima der allgemeinen Vorurteile nicht auflösbar, sondern führte auch innerhalb der Frauenbewegung zu jener „Politisierung psychischer Tatbestände“, die, wie die Soziologin Eva Jaeggi feststellt, die Folge von Auflösungs- und Entgrenzungssängsten ist. Die Abschottung im Ost-West-Dialog verstärkte sich in dem Maße, wie jede Seite durch den sich abzeichnenden neuen Staat die eigenen frauenpolitischen Errungenschaften bedroht oder bereits verloren sah. Daß der im Sommer 1990 ausgehandelte Staatsvertrag zwischen der DDR und der BRD in einem Atemzug „Frauen“ und „Behinderte“ „als besonders zu berücksichtigende“ Gruppe deklarierte, ließ Unheilvolles erwarten.⁶⁾

Rückzug ins Projektegärtchen

Angesichts der sich abzeichnenden Deindustrialisierung und „Abwicklung“ der DDR-Wirtschaft und der damit einhergehenden sozialen und mentalen Krise, die auch die alte DDR-Frauenidentität destabilisierte, kam der Rückzug der DDR-Frauen – ins Private einerseits und andererseits per Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ins soziale „Projektegärtchen“ – nicht unerwartet.

Historische Ironie, wenn man bedenkt, daß das Abdrängen der Frauen ins Feld des Sozialen eine lange Tradition hat, heutzutage aber als „Erfolg der Bewegung“ registriert wird. Den vereinzelt frauenbewegten Ost-Politikerinnen, die nach dem „Anschluß“ einsam auf der politischen Bühne zurückgeblieben sind, oblag nach dem Scheitern der West-Grünen die schwere Last, das Fähnlein des Feminismus in der parlamentarischen Arbeit hochzuhalten.

Der Frauenverband indes, mit dem sich die Hoffnung verband, ein Dach für die Frauenbewegung und deren „starker Arm“ zu werden, fristet derzeit nur noch eine staatlich alimentierte Existenz in der politischen Bedeutungslosigkeit (vgl. Helwarth 1993). Alle Versuche, den Verband als organisatorisches Zentrum auf den Westen auszuweiten, sind gescheitert.⁷⁾

Das liegt sicher nicht nur am Unwillen der West-Feministinnen, etwas aus dem Osten zu übernehmen, wie die UFV-Sprecherin Christiane Schindler (1992) monierte. Eher schon wäre der Berliner Abgeordneten der Alternativen Liste, Sibyll Klotz, beizupflichten, die kürzlich darüber klagte, daß auch Frauen die Parteidisziplin ihrer Loyalität mit feministischen Zielsetzungen überordnen (vgl. Helwarth 1993). Im Mittelpunkt aber steht die Frage, ob ein staatlich subventionierter Verband mit besoldeten Funktionärinnen heutzutage überhaupt noch als Organisationsmodell für feministische Politik dienen kann.

„Das Chaos war die schönste Zeit“, resümieren die UFV-Frauen heute nostalgisch, wenn sie auf die Zeit der „Runden Tische“ zu sprechen kommen. Wenn diese Erfahrung stellvertretend für die weiblichen Möglichkeiten, Verhinderungen und Selbstbehinderungen gelesen wird, dann waren es die „offenen Verhältnisse“ und die damit einhergehenden fehlenden Strukturen, die den Frauen ein besonderes Angebot machten, sich in die Politik einzumischen.

Es gibt aber auch Einschätzungen, die in diesem Mangel an politischen Konzeptionen und organisatorischen Strukturen die Achillesferse der „fröhlichen Revolution der Frauen“ suchen. Die Ostberliner Psychotherapeutin Annette Simon (1991) etwa sieht im Fehlen langfristig funktionierender Strukturen und in der Scheu der Bürgerbewegung und somit auch der Frauenbewegung, den „politischen Vormund zu spielen“, einen wesentlichen Grund für das Scheitern der „Revolution“.

In den männerbündischen Seilschaften, die im Laufe des Jahres 1990 die relativ defensiven basisdemokratischen Institutionen verdrängten, fanden die Frauen keinen Platz mehr. Nicht nur, weil sie von Männern kaum geduldet wurden, sondern auch, weil die Frauen selbst nur wenig Interesse an einer kräfteraubenden parlamentarischen Repräsentationspolitik hatten.

Aktive Verdrängung und freiwilliger Rückzug als Konsequenz des alten Dilemmas der Frauenbewegung, das Ina Merkel folgendermaßen umreißt: „Sie (die Frauen) müssen in die patriarchalen Strukturen hinein, um sie brechen zu können. Doch indem sie in ihnen agieren, leisten sie ihren spezifischen Beitrag zu ihrer Erhaltung. Am Ende verhalten sie sich wie die Männer, um politisch wirksam werden zu können“ (Merkel 1990(b)). Diese Dialektik von „innen“ und „außen“, von Stabilisierung und Verweigerung, haben auch die DDR-Frauen nicht lösen können.

„Mutter Nation“ ist abgedankt

Ein interessantes Moment beim Ausschluß der Frauen im Vereinigungsprozeß erscheint mir darüber hinaus die eingangs skizzierte Haltung ihres frauenbewegten Teils zum alten-neuen Staat und die auffällige Zurückhaltung der Männergesellschaft, die Frauen als Symbol für den neuen Staat zu mobilisieren. Anders als in vergleichbaren historischen Situationen wurde bei der Vereinigung von DDR und BRD die Ikone der „Mutter Nation“ nicht in den Staatsgründungsmythos eingearbeitet.⁸⁾ Aktuell unterscheidet sich der BRD-Staat damit auch von vielen Völkern Osteuropas, wo die Frauen aktiv in ihrer Funktion als Mütter in die nationale Sinnstiftung einbezogen werden. Die „Manipulation der Mutterschaft“ für den Nationalstaat, wie es die Slowenin Vlasta Jalusic nennt, die insbesondere in den bevölkerungspolitischen Diskursen der neugegründeten osteuropäischen Staaten zum Ausdruck kommt, gibt es in der Bundesrepublik in dieser Form nicht. Es sollte allerdings auch nicht vergessen werden, daß sich der hauptsächlichliche Streit beim Abschluß des Staatsvertrages um die Abtreibungsregelung drehte. Damals verlief die Konfrontation zwischen zwei konkurrierenden „Vätergesetzen“, von denen das westliche als siegreiches auf die „geraubten Frauen“ des Ostens ausgedehnt werden sollte.

Die Unterschiede liegen auf der Hand: Der deutsche Einigungsprozeß verlief unkriegerisch, wenn auch nicht friedlich, und es mußten keine Söhne geboren werden, um den „Blutzoll“ einer Revolution oder eines Bürgerkrieges „auszugleichen“. Eine Revolution war es genaugenommen ohnehin nicht: Im Bild vom Überstülpen des einen Systems auf das andere ist etwas vom Zähmungsakt, dem die kreativen Energien unterworfen wurden, aufbewahrt. Die nationale „Selbstfindung“ der Deutschen spielt sich nun vorwiegend in parlamentarischen Debatten, an Männerstammtischen und vor dem Fernseher ab; Frauen sind in den Szenarien von „Deutschlands neuer Rolle in der Welt“ derzeit offenbar überflüssig.

Eine Vereinigung als administrativer, wirtschafts- und verwaltungstechnischer Akt von oben ohne Rücksicht auf die Unterschiede der Bedingungen und Mentalitäten; ein Prozeß, der sich in einem weitgehend unkriegerischen Binnenraum abspielt; die Entwicklung basisdemokratischer und plebiszitärer Elemente in den Einzelstaaten zugunsten einer vielgefürchteten EG-Bürokratie; die Homogenisierung der heterogenen Einzelteile, was zu Deregulierungs- und Hierarchisierungsprozessen führt; und schließlich der Verzicht auf die Miteinbeziehung weiter Teile der Bevölkerung, insbesondere der Frauen: das sind Kennzeichen, die nicht nur für den deutsch-deutschen Einigungsvollzug typisch waren, sondern auch beim europäischen Integrationsprozeß zu beobachten sind.

Das dänische Votum gegen die Maastrichter Verträge beispielsweise, das vor allem von jüngeren Frauen getragen wurde, signalisiert nicht nur die Angst vor dem Abbau nationaler frauenpolitischer und sozialer Errungenschaften, sondern auch die Skepsis gegenüber einer kaum transparenten und nicht mehr beeinflussbar erscheinenden Politik von oben. Wer sich einmal die Mühe macht, das „Büro für Chancengleichheit“ im Organogramm der EG-Bürokratie zu suchen und die Dienstwege zu verfolgen, der wird sich der Kritik der Bremer EG-Expertin Susanne Schunter-Kleemann über das „Demokratiedefizit“ der EG anschließen.

Ernstfall EG

Ihre Studie ist im Hinblick auf die Parallelen zu den deutschen Verhältnissen deshalb so aufschlußreich, weil sie nachweist, daß die frauenpolitischen Initiativen und Frau-

enaktionsprogramme bis Mitte der 80er Jahre noch relativ weitreichend waren, auf rechtlicher Ebene aber seit sechs Jahren stagnieren (Schunter-Kleemann 1992, S. 29-58). Das hängt, wie Schunter-Kleemann meint, einerseits mit dem ohnehin geringen Einfluß des EG-Parlaments als auch mit den inzwischen konservativen Mehrheitsverhältnissen im Europa-Parlament zusammen; darüber hinaus ist, denke ich, auch die Tatsache zu berücksichtigen, daß das „Projekt EG“ das Experimentierstadium hinter sich gelassen hat und zum „Ernstfall“ geworden ist. Die vom EG-Parlament beschlossenen Richtlinien und unverbindlichen Empfehlungen waren von den nationalen Regierungen bislang als hintergehbare „Soll“-Bestimmungen interpretiert und behandelt worden, insbesondere da das Büro für Chancengleichheit über kein Instrumentarium zu ihrer Durchsetzung verfügt. Selbst die relativ fortschrittliche Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes hat für die einzelne Frau wenig Relevanz, weil es keine Möglichkeit zur Individualklage gibt.

Mit der Verwandlung von der Spielwiese zur ernststen politischen Veranstaltung haben sich nicht nur die politischen Kräfteverhältnisse im Europa-Parlament geändert. Von den 518 EG-Abgeordneten sind 96 weiblichen Geschlechts (ebd., S. 36), das ist noch nicht einmal ein Fünftel und in Zeiten, wo es um die Neuverteilung geringer werdender Ressourcen geht, viel zu wenig, um eine Mittelumverteilung zugunsten der Frauen durchzusetzen.

Keineswegs will ich mich mit diesem Tatsachenaufriß in den Troß jener Politikerinnen stellen, die mit uns ihre persönliche Eintrittskarte in die Männerbastionen erstreiten wollen. Frauen mögen sich je nach Temperament oder Einschätzung für die eine oder andere Partei entscheiden oder in den überzeugten Wahlboykott treten; daß sie ihre Interessen nicht den Parteien überlassen dürfen, hat das gescheiterte Experiment, in der grünen Partei konsequente feministische Politik machen zu wollen, gezeigt.¹⁰⁾

Diese Erfahrung zu wiederholen käme uns teuer zu stehen. Die Überlegungen müssen in eine andere Richtung gehen, und die Erfahrungen, die die ostdeutschen Frauen beispielsweise mit den Runden Tischen gemacht haben, wären zu überdenken und fortzuentwickeln. Nicht nur auf parlamentarischer Ebene, wie im Berliner Senat der „Frauenpolitische Runde Tisch“ oder in Bonn die parteiübergreifende Verfassungsinitiative von Parlamentarierinnen, sondern auch auf autonomer Ebene wäre ein Versuch der Vernetzung denkbar. Der geplante Frauenstreik im nächsten Jahr könnte eine gute Gelegenheit bieten, um mit neuen Strukturen auch in der totgesagten Frauenbewegung zu experimentieren.

Es müssen ja nicht unbedingt Dauereinrichtungen sein. Das Schweizer Beispiel zeigt, daß eine einmal existente und arbeitsfähige Infrastruktur rasch wieder reaktiviert werden kann. Während der Auseinandersetzung um die sozialdemokratische Bundesratskandidatin Brunner haben sich plötzlich wieder die alten Streikkomitees aus dem Jahre 1991 zusammengefunden. Der Unmut der Schweizerinnen über die männliche Selbstherrlichkeit hat selbst gestandene Rentnerinnen vors Bundeshaus getrieben, um ihre Volksvertreter mit Schneebällen auf Trab zu bringen. Wie Mascha Madörin in einer erhellenden Analyse der Berner Auseinandersetzung zeigt, ging es bei der Alternative von Christiane Brunner und der schließlich gewählten Ruth Dreyfuss vor allem um eine „Stilfrage“, die in kurzer Zeit so viele Frauen mobilisierte (Madörin 1993). Madörin interpretiert Christiane Brunner als diejenige, die von Art und Lebensstil für „das unaussprechlich Andere“ stand, Ruth Dreyfuss als die mit männlichem Segen Ausgestattete, scheinbar Domestizierbare. Nicht „drinnen“ und „draußen“ war in diesem Fall die Scheidelinie, sondern der Kampf ging um die symbolische Repräsentation dessen, was durch das System negiert und ausgetrieben wird.

Kleindeutsch oder Großeuropäisch?

Ob solche Strukturen nur in kleinen überschaubaren Bereichen funktionieren, wie Gisela Erler im März 1990 in ihrem Plädoyer gegen eine „großdeutsche Lösung“ prognostizierte, bleibt noch zu erproben. Sie ging damals davon aus, daß ein Großdeutschland mit seiner damit einhergehenden Staats-, Territorial- und Machtpolitik die Frauenemanzipation auf höchster Ebene erschwere. Obwohl Frau den von ihr bemühten Begründungszusammenhang – daß Frauen nämlich psychologisch an diesen Fragen nicht so interessiert seien – skeptisch bewerten mag, ist ihre Schlußfolgerung bedenkenswert. Sie schreibt: „Für die allgemeine Hygiene und für die Partizipation von Frauen sind kleinere Nationen, die ihre Demokratie vertiefen, ihren Wohlstand ordnen, eine bessere Grundlage als große Staaten“ (ebd.).¹¹⁾

Die Größe der jeweiligen politischen Einheiten als ausschließlichen Maßstab für mögliche Emanzipationsangebote an Frauen zu setzen, wäre sicher fatal. Demnach müßte gerade die Schweiz mit ihren ausgeprägt plebiszitären Strukturen ein frauenfreundliches Land sein.

Ausschlaggebend ist dagegen die Symmetrie der Einzelteile, die das „Ganze“ bilden. Innerhalb der EG ist derzeit aber die Ausbildung neuer Hierarchien zwischen den einzelnen Ländern zu beobachten, was im Begriff des „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ euphemisiert wird. Gemeint ist damit nicht nur die ungleichzeitige Entwicklung der Einzelstaaten, sondern auch die Kluft zwischen wirtschaftlicher und sozialer Integration (vgl. Bohnenkamp 1992). Daß die negativen Folgen sowohl auf beruflicher als auch auf privater Ebene von Frauen getragen werden, ist nun wirklich keine Neuigkeit mehr.

Deutlich wird mittlerweile aber auch, daß es *die* Interessen der europäischen Frauen nicht gibt: Frauen werden von der sozialen Deregulierung unterschiedlich betroffen sein und nach verschiedenen Lösungsstrategien suchen. Die Frage ist nur, ob sie dies als private Einzelkämpferinnen tun, wie derzeit die Mehrzahl der ostdeutschen Frauen, oder ob sich Wege finden lassen, um deren Erfahrungen zu nutzen. Sicher ist schon jetzt, daß die Flötentöne in der Enklave der Frauen/Lesben-Szene, im Projektgärtchen oder in der wissenschaftlichen Abstraktion nur dann süß bleiben werden, wenn sich Frauen auf europäischer Ebene laut und schrill ins Männer-Konzert einmischen.

Anmerkungen

- 1) In Baden existierte im Gegensatz zu Preußen kein Vereinsverbot, und der Badische Frauenverein wurde frühzeitig in die Hilfsdienstleistungen für den Staat eingebunden, ohne daß dies zu einem nachhaltigen Einfluß auf der politischen Ebene geführt hätte. Vgl. hierzu u.a. Barbara Guttman 1988.
- 2) Die Daten markieren die beiden politischen Schlüsselereignisse: die ersten Massendemonstrationen in der DDR im Oktober 1989 und den Anschluß der DDR an die BRD am 3. Oktober 1990, mit dem die Eigenstaatlichkeit der DDR erlosch.
- 3) Zwischen Herbst 1989 und Sommer 1990 gelang es den Frauen an den Runden Tischen in vielen Städten, autonome Frauenprojekte und -treffpunkte durchzusetzen und ihre Finanzierung zu sichern.
- 4) Vgl. Tatjana Böhm in der taz vom 13.2.1990.
- 5) Die Auseinandersetzungen um die staatliche Wahlkampfkostenrückerstattung zwischen Grünen und UfV soll an dieser Stelle nicht weiter verhandelt werden.
- 6) Vgl. „Vertrag über die Schaffung einer Währungsunion, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“, 1990.
- 7) Der Beschluß der West-Ausweitung des UfV wurde Ende September 1991 in Weimar gefaßt; dort fiel auch die Entscheidung gegen die Umwandlung des UfV in eine parteiähnliche Organisation. Vgl. Freitag 42/1991 vom 11.10.1991.

- 8) Zur Beziehung von Frauen zur Nation und die bürgerliche „Mediatisierung der Mütter“ vgl. Hannelore Bublitz und Annette Kuhn (1992).
- 9) Bei der Wahl dieses Begriffs bin ich mir bewußt, daß dieser Friede nicht nur auf dem Rücken außereuropäischer Völker erkauf ist, sondern von einem Friede zwischen den Geschlechtern überhaupt nicht die Rede sein kann. Ich will damit nur zum Ausdruck bringen, daß weder die Deutschen noch die an der EG-Bildung beteiligten europäischen Staaten untereinander keinen „heißen“ Krieg führen.
- 10) Vgl. hierzu das Interview mit der letzten grünen Bundesfrauenbeauftragten, Erika Märke, die gekündigt hat, weil sie keine Möglichkeit mehr sah, feministische Perspektiven in der Partei einzubringen und umzusetzen (in: Freitag 7/1993 vom 12.2.1993).
- 11) Daß Erler die weibliche Teilhabe in den Dienst der „allgemeinen Hygiene“ (des „Volkkörpers“?) stellt, läßt allerdings auf den Geist schließen, der am Münchener Jugendinstitut sein Umwesen treibt. Neben dieser peinlichen Anleihe an den Bevölkerungs-Diskurs der 30er Jahre wirkt auch die eurozentristische Sicht auf den von Frauen „zu ordnenden Wohlstand“ einigermaßen eigenartig.

Literatur

- BAUREITHEL, Ulrike: ... und konnten zusammen nicht kommen, denn die Einheit, die war viel zu viel; erscheint demnächst in: Ästhetik und Kommunikation zum Thema „Berührungsgänge“
- DIES./CHRISTIANSEN, Regine: Die Fremdheit bleibt, die Bilder werden realistischer, in: Volkszeitung 39/1990 vom 21.9.1990
- BÖHM, Tatjana: Wo stehen wir Frauen nach 40 Jahren getrennter Geschichte in Deutschland West und Ost? in: Feministische Studien 2/1992, S. 28-34
- BOHNENKAMP, Ulrike: Europa im Umbruch – neue Dimension der Frauenpolitik? in: Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.), Herrenhaus Europa, Berlin 1992, S. 11-28
- BUBLITZ, Hannelore/KUHN, Annette: Aneignungen, Enteignungen und Widerständigkeiten, in: Metis, Zeitschrift für historische Frauenforschung und feministische Praxis 1/1992, S. 10-27
- ERLER, Gisela Anne: Im Schatten der Vereinigung, in: taz vom 12.3.1990
- GERHARD, Ute: Westdeutsche Frauenbewegung. Zwischen Autonomie und dem Recht auf Gleichheit, in: Feministische Studien 2/1992, S. 47
- GLITTMANN, Barbara: Weibliche Heimarmee. Frauen in Deutschland 1914 – 1918, Weinheim 1988
- HELWARTH, Ulrike: Das Chaos war die schönste Zeit, in: taz vom 7.1.1993
- INTERVIEW mit der UFV-Sprecherin Christiane Schindler: Wie ein Hamster im Rädchen, in: Freitag 11/1992 vom 6.2.1992
- JALUSIC, Vlasta: Zurück zum Naturzustand? Desintegration Jugoslawiens und ihre Folgen für die Frauen, in: Feministische Studien 2/1992, S. 9-21
- KLIER, Freya: Zwischen Kombi und Kreißsaal, Vortrag gehalten im Februar 1990 in Berlin
- MADÖRIN, Mascha: Die Stilfrage ist politisch, in: Wochenzeitung (Zürich) 10/1993 vom 12.3.1993
- MERKEL, Ina: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen, Hamburg 1990(a), S. 13-26
- DIES.: Die Frauenbewegung ist kein Haus für gefallene Mädchen, in: „die andere“ 43/1990(b), S. 17
- MEYER, Susanne: Nun kommen wir. Feministinnen in der DDR, in: Die Zeit 8/1990 vom 16.2.1990
- PETERSEN, Susanne: Marktweiber und Amazonen. Frauen in der Französischen Revolution, Köln 1987
- SCHUNTER-KLEEMANN, Susanne: Das Demokratiedefizit der EG, in: dies. (Hrsg.), Herrenhaus Europa⁹⁴, Berlin 1992, S. 29-58
- SIMON, Annette: Was macht Frauen im Osten verrückt? in: taz vom 7.5.1991
- VERFASSUNGSENTWURF für die DDR, Berlin, April 1990

Autorinnen

Ulrike Baureithel, geb. 1957, nach Berufstätigkeit Studium der Literaturwissenschaft, Geschichte und Soziologie, derzeit Redakteurin und freie Publizistin in Berlin; arbeitet schwerpunktmäßig zu feministischer Theorie und zur Modernisierung der Geschlechterverhältnisse im 20. Jahrhundert.

Antonina Bieszcz-Kaiser, geb. 1949 in Bytom (Republik Polen), Dr.rer.pol., Sozialwissenschaftlerin am Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung (WISOC e.V.) in Chemnitz, lebt seit 1978 in Ostdeutschland (ehem. DDR), Arbeitsbereiche: Industrielle Beziehungen mit Schwerpunkt Mitbestimmung und Partizipation, internationale Vergleichsforschung.

Jana Cviková, geb. 1963; Slowakistik- und Germanistik-Studium in Bratislava; wiss. Aspirantin im Institut für Weltliteratur der Slowakischen Akademie der Wissenschaften; schreibt eine Dissertation über Frauenliteratur, übersetzt, versucht die Zeitschrift „ASPEKT“ ins Leben zu rufen und hat eine 3jährige Tochter.

Drude Dahlerup, außerordentliche Professorin für Politikwissenschaft an der Universität von Aarhus, hat sich auf feministische Forschung spezialisiert, besonders auf Frauen in der Politik, Frauen auf dem Arbeitsmarkt und die Geschichte der Frauenbewegung; ist seit vielen Jahren aktiv in der Frauenbewegung und Sprecherin des „June-Movement“, eine der führenden „Anti-Maastricht“-Bewegungen in Dänemark.

Heidrun Ehrhardt, geb. 1951 in Celle, lesbisch, Studium der Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft, gehört zur Selbsthilfebewegung gegen sexuelle Gewalt gegen Mädchen, lebt und schreibt in Köln.

Erica Fischer, geb. 1943 in England, Studium am DolmetschInstitut der Universität Wien, Mitbegründerin der autonomen Frauenbewegung Österreichs, seit Mitte der 70er Jahre journalistisch und publizistisch tätig, lebt seit Anfang 1988 als freie Journalistin, Autorin und Übersetzerin in Köln.

Annette Goerlich, geb. 1957, Studium der Politikwissenschaften, Soziologie und Geschichte, 1985-90 eine von drei Frauenreferentinnen des Grün-Alternativen Europäischen Bündnisses in der Regenbogenfraktion am Europäischen Parlament in Brüssel, seit 1991 Frauenreferentin der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg.

Diana Hummel, geb. 1963, Diplom-Pädagogin, arbeitet seit zweieinhalb Jahren bei „agisra“ (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung) in Frankfurt.

Delia Kraemer, 25 Jahre, Sozialpädagogin und Studentin der Rechtswissenschaften; Interessenschwerpunkte: „Festung Europa“, Rassismus, Lesben und Asyl; arbeitet in der frauenspezifischen Drogenarbeit.

Genka Lapön, 34 Jahre, Diplom-Ingenieurin für Technische Kybernetik und Automatisierungstechnik; ist verheiratet und hat einen Sohn; seit zwei Jahren ist sie in einem Frauenprojekt als EDV-Dozentin beschäftigt, zu ihren Aufgaben gehören die Datenbanken und die Betreuung von Hardware und Software.

Carola Möller, geb. 1929, Dr.rer.pol., Sozialwissenschaftlerin, freiberuflich in der Forschung tätig; Arbeitsgebiete: Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Armut.

Anastasia Posadskaya, arbeitet beim Moskauer Zentrum für Geschlechter Studien in Rußland.

Jelena Sabadykina, geb. 1961, ist Absolventin des Leningrader Pädagogischen Institutes A. I. Herzen; sie arbeitete als Mathematiklehrerin, als Mitarbeiterin des Institutes für Soziologie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und als Journalistin; gegenwärtig ist sie Leiterin von Forschungsprojekten des Petersburger Zentrums für geschlechtsspezifische Probleme; seit 1990 beschäftigt sie sich mit Problemen der Frauenbewegung.

Wiltrud Schenk, geb. 1950, Buchhändlerin, Sozialarbeiterin, Supervisorin; arbeitet seit 1989 als Sozialarbeiterin in der Beratungsstelle Geschlechtskrankheiten des Gesundheitsamtes Charlottenburg Berlin; ihr Schwerpunkt ist die Arbeit mit ausländischen Frauen (Thailänderinnen, Polinnen).

Dagmar Schultz, geb. 1941, ist Professorin an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Berlin und Verlegerin des Orlanda Frauenverlags; von 1963-72 studierte und arbeitete sie in den USA und lehrte von 1973-86 am John F. Kennedy-Institut für Noramerikastudien an der FU Berlin; sie war Mitbegründerin des Feministischen Frauengesundheitszentrums Berlin, in dem sie bis 1980 arbeitete.

Waltraud Schwab, 37 Jahre, Journalistin, Bildungsreferentin beim FSZ, Schokofabrik, Berlin.

Susanne Schunter-Kleemann, Prof. Dr. geb. 1942; seit 1976 Hochschullehrerin an der Hochschule Bremen, Fachbereich Wirtschaft; Forschungsschwerpunkte: Arbeitsmarkt, Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat, Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf Beschäftigungssituation und soziale Sicherung von Frauen.

Mirjana Ule, geb. 1947 in Ormo (Slowenien), Diplompsychologin; 1984 promovierte sie mit einer Arbeit über: Widersprüche in der sozialen Konstruktion der Persönlichkeit; arbeitete am Institut für die Erforschung der öffentlichen Meinung in Ljubljana; tätig als außerordentliche Professorin für Sozialpsychologie an der Fakultät für Sozialwissenschaften, Universität Ljubljana; ist verheiratet und hat zwei Söhne (16 und 19 Jahre alt).

Alena Wagnerová, geboren in Brno (CSR), lebt seit 1969 in der Bundesrepublik als Publizistin und Schriftstellerin; mit dem Umzug in die BRD begann ihre Auseinandersetzung mit der Frauenfrage, zu der sie zahlreiches veröffentlichte; außerdem schreibt sie auch Prosa, Hörspiele und Theaterstücke.